

## Die Landtagssitzung am 13. und 14. November 2008

In einem Punkt wenigstens könnte diese 25. Sitzungsperiode des Landtages unter Rekordverdacht geraten: Sechs der Tagesordnungspunkte, die für den zweiten Beratungstag vorgesehen waren, konnten bereits am ersten Tag abgehandelt werden. Ja, so intensiv und effektiv kann dieser Landtag arbeiten.

Ansonsten waren die beiden Tage an Höhepunkten eher arm.


Zum Auftakt eine Aktuelle Debatte, die FDP wollte über die Halbzeitbilanz der Landesregierung reden, da eine Regierungserklärung zum Thema nicht zu haben war. Was die FDP dann allerdings anbot, war nicht unbedingt dazu angetan, etwas tiefer in die Materie einzusteigen.

Der Fraktionsvorsitzende der FDP bemühte das Bild eines Bootes, welches den Fluss entlang treibt, allerdings nur aufgrund der natürlichen Strömung, mitnichten aus eigener Kraft. Und so plätscherte es dahin ... Der Ministerpräsident freute sich, von der LINKEN zum „Pirouettenkünstler“ erhoben zu sein – das sei schon nicht ganz ohne! Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN bemerkte dazu per Zwischenruf, es sei so schwer eben nicht gewesen. Der Ministerpräsident kündigte die geforderte Regierungserklärung denn auch an, aber – so betont er – mit Blick nach vorne, er werde sich nicht in den Landtag stellen, um sich dort unentwegt auf die Brust zu klopfen. Das darf man ihm wohl sogar glauben ...

Bemerkenswert ist das Presseecho. So stilisiert die [Mitteldeutsche Zeitung](#) den FDP-Fraktionsvorsitzenden fast zum Helden empor, habe der doch den Ministerpräsidenten ans Rednerpult „zwingen“ wollen!

Der [Fraktionsvorsitzende der LINKEN](#) fordert, sich der Frage zu stellen, was bei den Leuten tatsächlich ankomme, welche Auswirkungen Politik auf ihre Lebensumstände habe. Denn: Die Leute würden zum Ende der Legislatur ihre eigene Bilanz ziehen, und die könne erheblich anders aussehen als die in den schönen Broschüren nachzulesende.

Auch zu dieser Landtagssitzung ist eine Regierungsbefragung, auch „Heißer Stuhl“ genannt, angesetzt, es geht um die Gesundheitsreform. Die [Volksstimme](#) enthält sich zu dieser relativ neuen Form parlamentarischen Agierens weitgehend einer Wertung, sie referiert das Geschehen. Die [Mitteldeutsche Zeitung](#) reflektiert das Geschehen kritischer, wirbt aber in einem [Kommentar](#), der Befragung der Regierung doch noch eine Chance zu geben.

Freitag zu Mittag ist alles überstanden, freuen wir uns auf die kommende, die 26. Sitzungsperiode am 11. und 12. Dezember 2008! 

### Inhalt:

**Seite 2:** Parlamentarische Initiativen der LINKEN

**Seite 4:** DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen

**Seite 5:** Aktuelles aus der Fraktion

**Seite 6:** aktuelle Terminhinweise

**Seite 6:** Lesetipps

## Eigene parlamentarische Initiativen der Fraktion der LINKEN in der Reihenfolge der Tagesordnung:

### ■ TOP 01 a): Kulturelle Daseinsvorsorge ([Drs. 5/1235](#)); ([Drs. 5/1412](#))

DIE LINKE hatte im April 2008 eine Große Anfrage an die Landesregierung gestellt, mit insgesamt 129 Fragen. Hinterfragt werden die Bereiche Theater, Orchester, Musikschulen, Kunstschulen, Ballettschulen, Bibliotheken, Museen, und soziokulturelle Einrichtungen. Im Antrag heißt es: „Die Große Anfrage dient dazu, das Konzept der Landesregierung für die zukünftige räumliche Gliederung der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Kultur für den Zeitraum bis zum Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2020 zu erfragen.“

Nun liegt die Antwort der Landesregierung vor, und auf Antrag der LINKEN gibt es dazu eine Aussprache. **Stefan Gebhardt** (s. [Redemanuskript](#)) konzentriert sich in seiner Bewertung angesichts der Materialfülle auf ausgewählte Punkte und kündigt u.a. ein Gesetz an, das künftig die solidarische Umlandfinanzierung für die Theater regeln soll. (s. auch [Pressemitteilung](#) vom 13.11.2008)

Beschlüsse werden bei solchen Aussprachen nicht gefasst, sie beschränken sich auf die Darstellung der Positionen der Fraktionen und der Landesregierung zum Thema.

**Stefan Gebhardt:** „Klar ist, dass die Ausstrahlung des jeweiligen Theaters weit über das Gebiet hinausgeht, welches sich auch an dessen Finanzierung beteiligt. Viele Nachbarkommunen von theatertragenden Städten und Landkreisen profitieren nachweislich von der Existenz der jeweiligen Bühne, beteiligen sich jedoch nicht an deren finanzieller Absicherung. Dies ist nach wie vor ein ernstes Problem, wo meine Fraktion der Auffassung ist, dass dies gesetzlich gelöst werden müsste.“

### ■ TOP 01 b): Sonderpädagogische Förderung in Sachsen-Anhalt ([Drs. 5/1149](#); [Drs. 5/1302](#))

Im März 2008 hatte die Fraktion der LINKEN zu diesem Thema eine **Große Anfrage** mit 99 zum Teil noch untergliederten Fragen an die Landesregierung gestellt, zu deren nun vorliegender Antwort eine Aussprache im Plenum geführt wird. Folgende Komplexe umfasst die Große Anfrage: Entwicklung der SchülerInnenzahl mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Entwicklung der Lehrkräfte, weiterer pädagogischer Fachkräfte und des schulpсихologischen Dienstes, Entwicklungspotenziale der Förderzentren für die schulische Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Und natürlich hinterfragt DIE LINKE auch, welche Schlussfolgerungen die Landesregierung aus der bisherigen Tätigkeit der Förderzentren zieht. **Birke Bull** (s. [Redemanuskript](#)) verweist zunächst auf die Probleme in der so komplexen wie bildungspolitisch brisanten Thematik und mahnt konkrete Schlussfolgerungen an. (s. auch [Pressemitteilung](#) vom 13.11.2008)

Auch hier werden in der Sache keine Beschlüsse gefasst.

**Birke Bull:** „Es geht ... um den neuralgischsten Punkt im deutschen Bildungssystem, um den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen. Genau genommen geht es um die Frage der Bildungschancen für Schülerinnen und Schüler mit so genannten ... oder vermeintlichen Behinderungen ...

Es bedarf eines Paradigmenwechsels in unseren Schulen. Der Umgang mit heterogenen Leistungs- und Lerngruppen wird hierzu der Schlüssel sein, und zwar über die derzeit gegliederte Schulform hinaus: Lernen durch partnerschaftliches Lernen, Lernen durch gegenseitiges Erklären, szenisches Lernen ...“

■ **TOP 13: Erhöhung der Haftentschädigung für Justizopfer**  
([Drs. 5/1582](#))

Der Titel spricht für sich, in der Antragsbegründung heißt es: „Eine Haftentschädigung wird für im Nachhinein als vollständig oder im Wesentlichen unschuldig befundene Personen gezahlt, die eine Freiheitsstrafe verbüßten. Sie erfüllt damit die Funktion eines Schadensersatzes oder Schmerzensgeldes. ... Seit fast 21 Jahren ist dieser Betrag unverändert geblieben, nur einmal ist er bei der Einführung des Euro um 77 Cent aufgerundet worden. Er ist damit in seiner Höhe für die Betroffenen unangemessen niedrig.“ Zuständig ist der Bundesgesetzgeber, die Landesregierung soll eben hier in der Sache vorstellig werden.

**Gudrun Tiedge** (s. [Redemanuskript](#)) belegt die Dringlichkeit des Antrages nicht zuletzt mit einer Reihe von Beispielen, die Entschädigungen für zu Unrecht Inhaftierte sei unangemessen niedrig und mit einem sozialen Rechtsstaat nahezu unvereinbar. Das Anliegen wird von der Landesregierung und den anderen Fraktionen eher wohlwollend betrachtet, lässt man kleinere ideologische Geplänkel seitens der CDU – wie hoch solle denn eine Haftentschädigung für Herrn Ackermann sein, den der Herr Sodann ja einsperren wolle – außen vor. Der Antrag wird zur weiteren Beratung in die Ausschüsse für Recht und Verfassung und Finanzen überwiesen.

**Gudrun Tiedge:** „Bisher verwiesen einzelne Länder stets auf ihre prekäre Haushaltssituation hin, die eine Erhöhung der Entschädigungssumme nicht zulassen würde. DIE LINKE vertritt an dieser Stelle die Auffassung, dass etwaige Bedenken im Hinblick auf fiskalische Auswirkungen hierbei im Interesse der Justizopfer zurückzutreten haben. Schauen wir über den Tellerrand der Bundesrepublik hinweg, so sehen wir, dass in Österreich seit Jahren in der Regel über 100 Euro gezahlt werden, in den USA 55 \$ Haftentschädigung.“

■ **TOP 14: Wirtschaftlichkeitsprüfung vorlegen, Kommunalisierungsabsichten konkret benennen**  
([Drs. 5/1583](#))

Es geht um die Dauerfrage, welche Aufgaben die Landesregierung zur Kommunalisierung in den Gesetzentwurf zum Zweiten Funktionalreformgesetz aufnehmen wird. Die Situation ist nach wie vor unklar, dieses unter anderem kritisiert der Antrag. Im Beschlussvorschlag heißt es: „Der Landtag erwartet eine unverzügliche Klarstellung, welche konkreten Aufgabenbereiche zur Kommunalisierung durch das Ministerium des Innern in den Gesetzentwurf eingearbeitet werden sollen.“

**Dr. Helga Paschke** (s. [Redemanuskript](#)) zitiert den Ministerpräsidenten, der im September 2008 (!) vor dem Landtag erklärt hatte: „Bis zum heutigen Tag steht aus der Sicht der Landesregierung noch nichts endgültig fest.“ Staatsminister Robra bescheinigt der Antragstellerin, zumindest hinsichtlich der Ungeduld befände man sich in vergleichbarer Gemütsverfassung. Aber es sei eben alles sehr schwierig ... Die SPD vertröstet auf den Januar 2009, schließlich habe der Ministerpräsident versprochen, dann einen Gesetzentwurf vorzulegen. Mit wenigen Enthaltungen wird der Antrag in den Ausschuss für Inneres überwiesen.

**Dr. Helga Paschke:** „Es erschließt sich uns nicht, wie und auf welcher belastbaren Grundlage die Landesregierung beim jetzigen Stand in den nächsten 4-6 Wochen einen Gesetzentwurf vorlegen will, diesen dann über Weihnachten in die Anhörung gibt und im Januar dem Parlament vorlegt. ... Der Zeitverlust bei der Umsetzung des Projektes Kommunalisierung im Jahr 2007 ist nicht mehr aufzuholen. Wenn jetzt auf der letzten Strecke fahrlässig ein Gesetz zusammengeschrieben wird, ohne bis zur Einbringung die wichtigsten Eckpunkte endgültig geklärt zu haben, dann ist keine verantwortbare sub-stanzielle Kommunalisierung mehr zu leisten.“

## DIE LINKE zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen und der Landesregierung in der Reihenfolge der Tagesordnung:

Die Positionen der Fraktion zu parlamentarischen Initiativen anderer Fraktionen bzw. der Landesregierung können jeweils den Redebeiträgen der Abgeordneten auf der [Homepage](#) der Fraktion nachgelesen werden:

- aktuelle Landtagssitzung: <http://www.linksfraktion-lsa.de/lts/lts.htm>
- frühere Landtagssitzungen: <http://www.linksfraktion-lsa.de/archiv/archiv.htm>
- offizielles Wortprotokoll: <http://www.landtag.sachsen-anhalt.de/index.php?id=63>

Zu folgenden Tagesordnungspunkten stellte die Fraktion der LINKEN Änderungsanträge:

- **TOP05: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und anderer Gesetze**  
([Drs. 5/901](#); [Drs. 5/1568](#); [Drs. 5/1594](#))

In der Begründung des Änderungsantrages ([Drs. 5/1594](#)) heißt es: „Mit unserem Änderungsantrag beabsichtigen wir einerseits, den Wechsel der bis zum 30. Juni 2007 kreisangehörigen Stadt Roßlau in die kreisfreie Stadt Dessau nicht pauschal im FAG zu berechnen, sondern konkret den Wechsel der Bevölkerungszahl zum Stichtag 31. Dezember 2005 zu berücksichtigen. Andererseits wollen wir einen gerechteren Ausgleich zwischen einnahmestarken und einnahmeschwächeren Gemeinden erreichen und die finanzielle Situation der Landkreise nachhaltig verbessern.“

Die CDU leistet fast einen Offenbarungseid, das FAG, wie es jetzt sei und auch wie es geändert wurde, sei nicht gut - aber es gebe im Augenblick aus Sicht der CDU keine bessere Lösung. Allein - das ändert nichts, der Änderungsantrag wird von den anderen Fraktionen abgelehnt, angenommen wird die Beschlussempfehlung des Ausschusses ([Drs. 5/1568](#)), die Fraktion der LINKEN enthält sich.

- **TOP 09: Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Fortentwicklung des Kommunalverfassungsrechts**  
([Drs. 5/1569](#); [Drs. 5/1596](#))

Mit ihrem umfangreichen Änderungsantrag ([Drs. 5/1596](#)) legt DIE LINKE konkrete Vorschläge zur zukünftigen Gestaltung des Kommunalverfassungsrechtes in Sachsen-Anhalt vor. Die Antragsbegründung umreißt das zentrale Anliegen so: „Weil aus unserer Sicht die kommunale Selbstverwaltung noch stärker als bisher von der bürgerschaftlichen Mitwirkung geprägt sein soll, sprechen wir uns im vorliegenden Änderungsantrag für eine Ausweitung der Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger aus.“ Es geht um Bürgerinitiativen, die Stärkung des Ortschaftsverfassungsrechts, um die Aufwertung des kommunalen Ehrenamts. Der Gesetzentwurf selbst wie der Änderungsantrag werden zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Inneres überwiesen.

---

■ **TOP 12: Digitalisierung von Kulturgut in Sachsen-Anhalt**  
([Drs. 5/1581](#); [Drs. 5/1595](#))

Die Koalitionsfraktionen wünsche von der Landesregierung ein Konzept zur Digitalisierung von Kulturgut in Sachsen-Anhalt. Der Hintergrund wird im Antrag ([Drs. 5/1581](#)) wie folgt umrissen: „Die Europäische Union fördert derzeit den Aufbau der Europäischen Digitalen Bibliothek „Europeana“, die bereits Ende 2008 zwei Millionen digitalisierte Dokumente und Werke aus Europas Archiven, Museen und Bibliotheken zugänglich machen wird und im Jahr 2010 sechs Millionen Dokumente und Werke umfassen soll.“

DIE LINKE will mit ihrem Änderungsantrag ([Drs. 5/1595](#)) erreichen, dass die Sache auch im Finanzausschuss beraten wird, da das alles schließlich auch Geld kostet.

Der Änderungsantrag wird abgelehnt, der Antrag selbst findet bei Enthaltung der LINKEN eine Mehrheit.

■ **TOP 17: Verbesserung der Arbeit des Kinder- und Jugendschutzes**  
([Drs. 5/1003](#); [Drs. 5/1027](#); [Drs. 5/1572](#))

Im Dezember 2007 hatte die FDP einen entsprechenden Antrag ([Drs. 5/1003](#)) eingebracht, DIE LINKE legte dazu einen Änderungsantrag ([Drs. 5/1027](#)) vor. Nun ist der zuständige Ausschuss für Soziales zu einer einstimmigen Beschlussempfehlung ([Drs. 5/1572](#)) gelangt, dieser wird mehrheitlich zugestimmt, DIE LINKE enthält sich.

■ **TOP 18: Kein Kahlschlag in Sachsen-Anhalts Kultur**  
([Drs. 5/906](#); [Drs. 5/916](#); [Drs. 5/1578](#))

Auch hier stammt der Ursprungsantrag - er zielt u.a. auf die Vorlage eines Landeskulturkonzepts durch die Landesregierung - ([Drs. 5/906](#)) von der FDP, DIE LINKE legt einen Alternativantrag ([Drs. 5/916](#)) vor. Der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur empfiehlt, beide Anträge angesichts der Ergebnisse der Haushaltsberatungen 2008/2009 für erledigt zu erklären. Diese Empfehlung wird angenommen, lediglich die FDP enthält sich der Stimme.

---

## Aktuelles aus der Fraktion der LINKEN:

- Auf der [Homepage](#) der Fraktion sind die alle **Pressemitteilungen** der letzten Jahre zu finden:

aktuelle: <http://www.linksfraktion-lsa.de/presse/presee.htm>

ältere: <http://www.linksfraktion-lsa.de/archiv/archiv.htm>

■ **Leitbild als Broschüre vorgelegt**

Bei der Fraktion liegt jetzt das Leitbild zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt als Broschüre „Lebensräume – Perspektiven für Sachsen-Anhalt“ vor.

Das Material kann auch auf der Homepage der Fraktion abgerufen werden:

<http://www.linksfraktion-lsa.de/brosch%FCre%20PERSPEKTIVEN%20F%DCR%20SACHSEN-ANHALT.pdf>

## ■ Homepage der Fraktion

Am 26. November 2008 wird die Homepage der Landtagsfraktion in neuem Gewand vorgestellt, sie wurde in den vergangenen Wochen gründlich überarbeitet.

## Aktuelle Terminhinweise:

- **Samstag, 22. November 2008, Magdeburg/Landtag**  
Treffen der kommunalen UmweltpolitikerInnen aus Sachsen-Anhalt
- **Mittwoch, 26. November 2008, Halberstadt**  
[Fachsymposium zur Zukunft des Personalmanagements in der öffentlichen Verwaltung](#)
- **Donnerstag, 27. November 2008, Halberstadt**  
[Landeskonzferenz Netzwerk für Demokratie und Toleranz Sachsen-Anhalt](#)
- **Freitag, 28. November 2008, Magdeburg/Landtag**  
Treffen der kommunalen SozialpolitikerInnen aus Sachsen-Anhalt

Weitere Termininformationen sind u.a. hier zu finden:

- <http://www.linksfraktion-lsa.de/termine.htm>
- <http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/nc/politik/termine>
- [http://die-linke.de/nc/die\\_linke/termine/](http://die-linke.de/nc/die_linke/termine/)
- [http://www.linksfraktion.de/termine\\_der\\_fraktion.php](http://www.linksfraktion.de/termine_der_fraktion.php)
- <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=veranstaltungen>
- <http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen-anhalt.de/html/veran/Kurztitel.htm>
- <http://www.kf-lsa.de/ms-home1.htm>

## Lesetipps:

Die Wochenzeitung das Parlament enthält in jeder Ausgabe die Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (<http://www.bpb.de/apuz>) mit oftmals interessanten Beiträgen, hier einige Kostproben:

- ✎ Politik als Theater: Plädoyer für ein ungeliebtes Paar  
[http://www.bpb.de/publikationen/MJD2UL,0,Politik\\_als\\_Theater%3A\\_Pi%E4doyer\\_f%FCr\\_ein\\_ungeliebtes\\_Paar.html](http://www.bpb.de/publikationen/MJD2UL,0,Politik_als_Theater%3A_Pi%E4doyer_f%FCr_ein_ungeliebtes_Paar.html)
- ✎ Demokratie und die Macht der Gefühle  
[http://www.bpb.de/publikationen/HAXA0X,0,Demokratie\\_und\\_die\\_Macht\\_der\\_Gef%FChle.html](http://www.bpb.de/publikationen/HAXA0X,0,Demokratie_und_die_Macht_der_Gef%FChle.html)
- ✎ Die Unterschicht und die Parteien  
[http://www.bpb.de/publikationen/J4TFVQ,0,Die\\_Unterschicht\\_und\\_die\\_Parteien.html](http://www.bpb.de/publikationen/J4TFVQ,0,Die_Unterschicht_und_die_Parteien.html)

### Impressum:

Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg  
Telefon: 0391/ 560 50 03 / Telefax: 0391/ 560 50 08 / Email: [fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:fraktion@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)  
Redaktion: Dr. Thomas Drzisga (V.i.S.d.P.), Email: [drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:drzisga@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de)